

Planungsmittel für den Erweiterungsbau der Oberschule Findorff bereitstellen

Beschluss des Fachausschusses Kinder und Bildung

09.06.2026

Der Senator für Kinder und Bildung wird aufgefordert, die für den Erweiterungsbau der Oberschule Findorff erforderlichen Planungsmittel in Höhe von 400.000 Euro für die erste Planungsphase sowie ca. 1,2 Millionen Euro für die weiterführende Planung aus dem Investitionssofortprogramm 2026/2027 bereitzustellen.

Begründung:

Der Bedarf einer baulichen Erweiterung der Oberschule Findorff ist seit über 15 Jahren bekannt. Bereits 2018 reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus, sodass auf provisorische Lösungen wie Container zurückgegriffen werden musste. Selbst diese Container reichen mittlerweile nicht mehr aus, um der steigenden Schülerzahl gerecht zu werden, was die Dringlichkeit einer dauerhaften Lösung verdeutlicht.

Mit dem Anstieg der Schülerzahlen im Sekundarbereich I in den kommenden Jahren verschärft sich die Situation weiter. Wenn nicht genügend Schulplätze vor Ort vorhanden sind, können Kinder nicht in ihrem Stadtteil zur Schule gehen. Für die betroffenen Kinder und ihre Eltern bedeutet dies erhebliche Nachteile: längere Wege, den Verlust von Freundschaften und bekannten Bezugspersonen im Stadtteil, fehlende Bekanntschaften im neuen Umfeld und die Belastung, sich in einer fremden Umgebung und neuen Schulstrukturen zurechtzufinden. Gleichzeitig führt das Vergabeverfahren dazu, dass leistungsstärkere Schüler*innen bevorzugt aufgenommen werden. Kinder mit schwächeren Leistungen haben dadurch deutlich geringere Chancen auf einen wohnortnahen Schulplatz, was bestehende Bildungsungleichheiten weiter verstärkt.

In der Beiratssitzung vom 19.11.2024 wurde der dringende Bedarf eines Erweiterungsbaus deutlich herausgestellt. Zu diesem Zeitpunkt standen die notwendigen Planungsmittel in Höhe von 400.000 Euro für die erste Planungsphase sowie rund 1,2 Millionen Euro für die weitere Planung im Haushaltsplan nicht zur Verfügung. Doch die finanzielle Ausgangslage hat sich durch die dem Land Bremen im Rahmen des Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (LuKIFG) zur Verfügung stehenden Bundesmittel grundlegend verändert. Aus diesen Mitteln wurde das Investitionssofortprogramm 2026/2027 mit einem Volumen von über 350 Mio. Euro geschaffen, mit dem kurzfristig umsetzbare Investitionen in soziale Infrastruktur, Schulen, Kitas und Sportanlagen finanziert werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass der Erweiterungsbau der Oberschule Findorff bislang nicht berücksichtigt wurde. Die Bereitstellung der Planungsmittel ist daher ein notwendiger erster Schritt, um die bestehenden Engpässe zu beheben, die schulische Versorgung im Stadtteil Findorff langfristig sicherzustellen und Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten.